



Niederschrift

Nr. 33a

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR am
Mittwoch, den 22.10.2025, 10:00 Uhr, VRR AöR, Augustastr. 1, 45879
Gelsenkirchen, Raum V05/V06

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Uwe Schneidewind

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Frank Berger, Herr Ulrich Beul, Herr Frank Gensler, Frau Alexandra Gräber, Herr Dirk Hartleif, Herr Michael Heck, Herr Frank Heidenreich, Herr Jörg Jedfeld, Herr Johannes Kraft, Herr Denis Osmann, Herr Dirk Schmidt-Waerd

SPD plus ordentliche Mitglieder

Herr Axel Barton, Herr Detlef Ehlert, Herr Bernd Goerke, Herr Rüdiger Lehr, Herr Dieter Lieske, Herr Daniel Pilz, Herr Dirk Plaßmann, Herr Reiner Rogall, Herr Jürgen Scharmacher, Herr Norbert Schilff, Herr Martin Volkenrath

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Frau Martina Foltys-Banning, Frau Martina Herrmann, Herr Jochen Kral

NVN ordentliche Mitglieder

Herr Ingo Brohl, Herr Christoph Gerwers

Unternehmensvertreter ordentliche Mitglieder

Herr Karsten Krüger, Herr Stephan Lommetz, Herr Werner Overkamp

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Frederik Engeln, Herr Dr. Stephan Kopp, Herr Thomas Kracke, Herr Joachim Roeske, Frau Martina Schürmann, Herr Friedhelm Stevens, Herr Rainer Voigt

SPD plus stellvertretende Mitglieder

Frau Sigrid Eicker

Bündnis 90/Die Grünen stellvertretende Mitglieder

Herr Timo Schmidt, Herr Dr. Norbert Stapper, Herr Frank vom Scheidt

Berater/Gäste

Herr Lothar Ebbers, Herr Jürgen Eichel

Vorstand VRR AöR

Herr Oliver Wittke

Verwaltung

Herr Dr. Dieter Bayer, Herr Ulrich Haller, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Herr Georg Seifert, Herr Vinko Telenta

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Frau Manuela Stanik

Tagesordnung

1. Form und Frist der Ladung
2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Feststellung von Ausschließungsgründen
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.09.2025
5. Stellungnahme zum Entwurf des 10. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (10. ÖPNVG-ÄndG)
6. Anfragen und Mitteilungen

Herr Schneidewind eröffnet die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR und begrüßt die Anwesenden.

1. **Form und Frist der Ladung**

Herr Schneidewind stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Verwaltungsrates fest.

2. **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates wird festgestellt.

Zur Tagesordnung erläutert **Herr Schneidewind**, dass TOP 8 laut Tagesordnung zur Entscheidung vorgesehen ist. Dazu wird jedoch nur mündlich vorgetragen.

Darüber hinaus wird die Tagesordnung um den neuen TOP 9 „Vergabeentscheidung Ersatzverkehre RE4/RE7“ ergänzt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

3. **Feststellung von Ausschließungsgründen**

Es liegen keine Ausschließungsgründe vor.

4. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.09.2025**

Der Verwaltungsrat der VRR AöR genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.09.2025.

5. **Stellungnahme zum Entwurf des 10. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (10. ÖPNVG-ÄndG)**

Herr Schneidewind verweist auf die bereitgestellten Unterlagen

Herr Heidenreich bittet Herrn Dr. Bayer insbesondere zu den Risiken für die Kommunen auszuführen.

Herr Dr. Bayer benennt als ersten zentralen Punkt die gedeckelte Finanzierung des SPNV. Derzeit ist die Finanzierung auf 1,5 Milliarden Euro begrenzt, was bereits aktuell nicht auskömmlich ist. Besondere Situationen – wie etwa die Insolvenz von Abellio oder eine Anpassung der Trassenpreise – würden unmittelbar zu zusätzlichen Finanzierungsbedarfen führen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf ist für schiene.nrw eine gesamtschuldnerische Haftung der Zweckverbände vorgesehen. Dies bedeutet, dass Gläubiger ihre Forderungen gegenüber der neuen Landesgesellschaft bei einem beliebigen Zweckverband gesamthaft geltend machen könnten.

Als zweiten wesentlichen Aspekt hebt **Herr Dr. Bayer** das Deutschlandticket hervor. Dessen Finanzierung ist auf Bundesmittel aus den Regionalisierungsmitteln sowie auf ergänzende Landesmittel begrenzt. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, würden die entstehenden Defizite die Verkehrsunternehmen treffen – und damit mittelbar auch die Kommunen, die für die Ausgleichszahlungen an ihre Verkehrsunternehmen einstehen müssten.

Abschließend verweist **Herr Dr. Bayer** auf weitere Kritikpunkte am Gesetzentwurf, insbesondere auf die geplante Neuregelung der Aufgaben der regionalen Ebene und deren voraussichtlich negative Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen. Diese Punkte führt er jedoch nicht im Detail aus.

Herr Wittke ergänzt, dass sich alle drei Verbände darin einig sind, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen. Aus diesem Grund haben sie eine gemeinsame Stellungnahme formuliert. Zwar hätte die Formulierung nach seiner Einschätzung zurückhaltender ausfallen können, jedoch wurde im Interesse einer geschlossenen Position eine deutlich schärfere Wortwahl in Kauf genommen. Ziel der gemeinsamen Stellungnahme sei es, dem Land die Einigkeit der Verbände klar zu vermitteln und zugleich keine Angriffsfläche für eine Argumentation

zugunsten des Entwurfs zu bieten.

Herr Wittke betont, dass er eine einheitliche Organisation des SPNV in Nordrhein-Westfalen weiterhin für sinnvoll hält und eine Neuregelung insgesamt für dringend erforderlich erachtet. Auch die Fachleute aller Verbände sind sich darin einig, dass eine Neuorganisation grundsätzlich sinnvoll ist. Allerdings verfolgen die Verbände unterschiedliche Ansätze und Vorstellungen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung. Insbesondere die Position des VRS, der an den bestehenden Verwaltungsstrukturen der Zweckverbände festhalten möchte und damit Effizienz- sowie Zeitverluste in Kauf nimmt, unterscheidet sich deutlich von unserer Vorstellung.

Er hofft, dass das Land und das Verkehrsministerium die vorgebrachten Bedenken aller Institutionen ernst nimmt und sieht weiterhin die Möglichkeit, sich konstruktiv an der zukünftigen Ausgestaltung der Gesellschaft beteiligen zu können.

Frau Foltys-Banning merkt an, dass eine vertiefte Beratung innerhalb der Fraktion aufgrund der kurzfristigen Bereitstellung der Stellungnahmen nicht möglich war. Dennoch kann sie feststellen, dass die Fraktion viele der in der Stellungnahme vertretenen Positionen wie das Thema Konnexität und Nahverkehrsplan mitträgt, in einigen Punkten wie beispielsweise den Transformationskosten und dem Frauenanteil jedoch abweichende Auffassungen vertritt.

Herr Schilff weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Stellungnahme handelt, die von Seiten der SPDplus-Fraktion ausdrücklich unterstützt wird. Er begrüßt, dass es trotz der Unterschiede gelungen ist, alle drei Verbände für eine gemeinsame Stellungnahme zusammenzubringen.

Herr Heidenreich schließt sich im Namen der CDU-Fraktion vollumfänglich dem Wortbeitrag von **Herrn Schilff** an. Die CDU-Fraktion bewertet insbesondere die Stellungnahme des VRR als sehr positiv. Auch die Position des VRR wird begrüßt, die klar zum Ausdruck bringt, dass schiene.nrw grundsätzlich befürwortet wird, jedoch nicht unter den derzeitigen Bedingungen, sondern in kommunaler Trägerschaft und Verantwortung.

Im Anschluss an die Wortbeiträge nimmt Verwaltungsrat der VRR AÖR die
Stellungnahmen sowie die Synopse zur Kenntnis.

6. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Schneidewind schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Uwe Schneidewind
Vorsitzender

Manuela Stanik
Schriftführerin